

Der Oberbürgermeister  
Jochen Partsch

Postfach 11 10 61  
64225 Darmstadt

Wissenschaftsstadt  
Darmstadt



Arbeitnehmer-Vertretung der  
HEAG Süd Hessische Energie AG  
Frankfurter Straße 110  
64293 Darmstadt

### Offener Brief

Der Oberbürgermeister  
**Jochen Partsch**

Neues Rathaus am Luisenplatz  
Luisenplatz 5 A  
64283 Darmstadt  
Telefon: 06151 13-2201 – 02  
Telefax: 06151 13-2205  
Internet: <http://www.darmstadt.de>  
E-mail: [oberbuergemeister@darmstadt.de](mailto:oberbuergemeister@darmstadt.de)

Datum:  
07.02.2012

Albert Filbert, HSE Vorstandsvorsitzender bis 31.01.12, in einem Interview mit der FAZ vom 16.09.2010:

*„Durch den Rückkauf eröffnen sich natürlich große Möglichkeiten, vor allem auch bei der Rekommunalisierung. Wir sind ja ein Unternehmen, das in ganz Südhessen aktiv ist. Da besteht nun die Chance, eine breitere Basis zu schaffen“*

*„Eine Beteiligung der Kommunen würde unsere kommunale Basis stärken ... Außerdem hat die Stadt die Region ausdrücklich zur Mitwirkung eingeladen. Wir würden das begrüßen, schließlich haben wir mit 70 Kommunen Konzessionsverträge.“*

*„Die Rekommunalisierung ist auch grundsätzlich von Bedeutung. Die Energieversorgung wird künftig kleinteiliger sein. Das bedeutet auch engere Zusammenarbeit mit den Kommune vor Ort.“*

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30.01.2012 sowie für unser konstruktives Gespräch am 02.02.2012.

**Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat immer alles daran gesetzt, die unternehmerische Zukunft der HSE und die Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten zu unterstützen. So ist das auch in Zukunft. Während in der ganzen Republik Beschäftigte und ihre Vertretungen gegen Privatisierungen und für den Einsatz öffentlicher Träger eintreten, geschieht bei der HSE, zumindest verbreitet Ihr Schreiben teilweise den Eindruck, das Gegenteil. Sie haben allerdings keinerlei Anlass, die erklärte und faktisch erkennbare Haltung des Mehrheitsaktionärs Wissenschaftsstadt Darmstadt anzuzweifeln.**



Ich war und bin, genauso wie der HEAG-Vorstand, jederzeit gesprächsbereit. So gab es u. a. vom HEAG-Vorstand im Jahr 2011 insgesamt drei Termine mit dem Betriebsratsvorsitzenden der HSE, die auch den Aktienrückkauf behandelt hätten. Leider sind diese Termine jeweils von Ihrer Seite abgesagt worden. Ich hoffe, dass wir, wie am 02.02.2012 geschehen, wichtige Fragen zukünftig direkt und in konstruktiver Atmosphäre besprechen. Ich jedenfalls bin froh, dass wir dies gemeinsam vorhaben.

Wie ich Ihnen im persönlichen Gespräch dargelegt habe, beantworte ich Ihre Fragen nun zusätzlich auch schriftlich.

Lassen Sie mich, bevor ich auf Ihre Anmerkungen und Fragen im Detail eingehe, grundsätzliche Feststellungen treffen. Ich habe mich in der Darmstädter Kommunalpolitik stets aktiv für die HSE, die Zukunftssicherheit der Arbeitsplätze und den ökologisch-nachhaltigen Weg der Unternehmensstrategie eingesetzt. In allen strategisch wichtigen Fragen habe ich klar Position für einen unternehmerisch eigenständigen Weg der HSE bezogen. An allen Wegscheidungen der Unternehmensentwicklung habe ich für den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Stärkung der regionalen Wertschöpfung sowie die ökologisch moderne Ausrichtung der HSE im Rahmen meiner jeweiligen Möglichkeiten gearbeitet. Wir haben in der Rot/Grünen Koalition Ende der 1990er Jahre in unserer Stadt ein kommunales Modell für eine kostendeckende Einspeisevergütung eingeführt. Wir haben die damalige HEAG Naturpur gegründet, die Keimzelle der späteren Öko-Strategie. Wir haben uns dazu entschlossen, die damalige HEAG und die Südhessische zusammen zu führen, um mit der HSE einen leistungsstarken Energieversorger in Darmstadt und der Region zu halten - im Gegensatz zu denjenigen, die beide Unternehmen verkaufen wollten. Wir haben gegen die ordnungspolitische Kritik der IHK und anderer die Nohl-Gruppe vor der Insolvenz gerettet und mehr als 500 Arbeitsplätze damit gesichert. Alle, die heute die IHK Position gegen den Aktienrückkauf, ja zugespitzt für weitere Privatisierungen teilen, müssen wissen, dass wenn wir dem Ratschlag der IHK gefolgt wären, die Arbeitsplätze der Nohl-Gruppe verloren gegangen wären. In den vergangenen Jahren haben die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die HEAG und auch ich persönlich immer die ökologische Strategie der HSE unterstützt. In all diesen Fragen hat der konsequente kommunale Bezug dafür gesorgt, dass die HSE oder Teile des Unternehmens eben nicht dem Renditedruck, wie er in den vier großen Energieversorgern herrscht, unterworfen worden ist. Wie es um die Arbeitsplatzsicherheit dort steht, dürfte Ihnen bekannt sein.

Mir ist daher prinzipiell nicht nachvollziehbar, wie vor diesem Hintergrund des städtischen Einsatzes für die HSE ein so großes Misstrauen gegenüber dem Engagement der Stadt bei Ihnen existiert.

Zu Ihren Bedenken nehme ich wie folgt Stellung:

Die Aufstockung unseres kommunalen Anteils um weitere 40 % ist keine Rekommunalisierung des Unternehmens. Die HSE ist heute ein mehrheitlich im Besitz der Kommune befindliches Unternehmen. Es handelt sich genauer um eine Rekommunalisierung von Aktien, die durchaus vergleichbar ist mit der Rekommunalisierung der Thüga und dem angestrebten Kauf der Süwag durch kommunale Konsortien. Insofern ist Ihre Behauptung, dass unser Rekommunalisierungsmodell nicht vergleichbar wäre, für mich nicht nachvollziehbar. In vielen Städten der Bundesrepublik finden derzeit ähnliche Prozesse statt, allerdings ohne vergleichbare Auseinandersetzungen, im Gegenteil, zumeist wird dies insbesondere von den Beschäftigtenvertretungen unterstützt.

Wie Sie wissen, muss und soll der 40 %-Aktienanteil nicht dauerhaft bei der HEAG bzw. bei der Stadt bleiben. Das ist auch gar nicht unser Ziel. Vielmehr ist es ein strategisches Ziel, die Konzessionskommunen stärker an der HSE zu beteiligen. Und es ist durchaus angedacht, auch einen strategischen Partner zu beteiligen. Die Netze bilden das Rückgrat der HSE. Diese sichern Arbeitsplätze im Unternehmen und die Wertschöpfung in der Region. Kommunen, die sich an der HSE beteiligen können, werden eher bereit sein, Konzessionen zu verlängern.

Ein privater Anteilseigner, der eine bessere Bonität als die öffentliche Hand in Deutschland besitzt, existiert nicht. Nicht ohne Grund vertraut ganz Europa auf die Bonität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Gebietskörperschaften. Daher überrascht mich Ihre Frage nach der Bonitätseinschätzung für die HSE. Einerseits sind mir nach der Begebung des Schuldscheindarlehens und der Anleihe keine aktuellen neuen großen Finanzbedarfe der HSE bekannt. Andererseits war es stets die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die die Investitionen der HSE wie bspw. im geplanten Projekt der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG mit millionenschweren Bürgschaften stützte. Hierfür haben wir uns als Stadt immer eingesetzt – mir ist nicht bekannt, dass andere Aktionäre der HSE das Unternehmen in ähnlicher Form auch nur ansatzweise unterstützt haben.

Durch die geplante Beteiligungserhöhung der HEAG/Stadt erhält die HSE mittelbar einen Hauptanteilseigner höchster Bonität. Uns bekannte deutsche Banken haben signalisiert, dass mit dem Anteilskauf keine Verschlechterung der Kreditkonditionen zu erwarten sein werden. Sollte die HSE planen, den angelsächsischen Kapitalmarkt direkt in Anspruch zu nehmen, halte ich dies für ein kommunales Unternehmen für unzeitgemäß.

Wie kommen Sie darauf, dass Minderausschüttungen als Reaktion auf Marktschwankungen sowie eine Mittelbereitstellung für erforderliche Investitionen durch die Rekommunalisierung verhindert würden? Der ausgeschiedene Vorstandsvorsitzende der HSE, Albert Filbert, hat noch dieser Tage von der bisher praktizierten „stillen Thesaurierung“ in der HSE gesprochen. Unternehmenspolitische Entscheidungen wie die Thesaurierung sind immer im Aufsichtsrat zu besprechen. Gerade die Renditeerwartungen eines privaten Investors würden weit stärker in die Ausschüttungspraxis eingreifen als die Kommune, die neben der Dividendenerwartung vor allem wie oben ausgeführt, auch Ziele der Arbeitsplatzsicherheit, der regionalen Wertschöpfung und der ökologischen Ausrichtung hat.

Zu Ihren acht Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Zu 1.

Wie Sie wissen, ist eine vollumfängliche Sicherstellung des Unternehmensbetriebs in einer Marktwirtschaft nicht staatlich zu garantieren. Und wie Sie auch wissen, wäre eine solche Vorgehensweise weiterhin nach Aktienrecht nur mit dem Gleichbehandlungsgebot aller Aktionäre möglich. Sie wissen, dass E.ON und Thüga oder zukünftige private Investoren ebenfalls nicht mit Bürgschaften zur Sicherung des laufenden Betriebs des Unternehmens operieren.

Zu 2.

Dass die Stadt bereit und in der Lage ist, bei marktseitigen Ergebnisschwankungen durch den Verzicht auf temporäre Ausschüttungen Arbeitsplätze zu sichern, hat sie nicht zuletzt im Jahr 2010 bewiesen. Die geplante Dividende des Jahres 2010 von 31,9 Mio. EUR wurde um 7,8 Mio. EUR mit 24,1 Mio. EUR deutlich unterschritten. Auch ist die vertraglich vereinbarte 2. Sonderdividende aus der Ausgliederung der HSE Netz AG in Höhe von 80 Mio. EUR nicht mehr in der Planung berücksichtigt. Hier ist der Hauptaktionär den Planungen der HSE entgegengekommen.

Zu 3. + 5.

Die Renditeanforderungen eines privaten Dritten an die HSE liegen deutlich über den Renditeanforderungen der Stadt (vgl. aktuelle Lage bei E.ON, RWE, EnBW). Daran ändert sich auch nichts durch den Umsatz- oder Gewinnanteil in oder außerhalb der Region.

Die Unternehmensentwicklung der HSE wird nicht unter dem Aspekt des kurzfristigen Stopfens von Finanzlöchern im städtischen Haushalt betrachtet.

Zu 4.

Ich habe die strategischen Überlegungen zur Verwendung des Aktienpakets ausgeführt. Der Vorstand der HEAG und ich sind zu weiteren Gesprächen mit Ihnen weiterhin bereit.

Zu 6.

Ich bedauere sehr, dass auch in dieser Frage eine Unterstellung zum Ausdruck kommt. Die HSE soll selbstverständlich auch weiterhin unternehmerisch erfolgreich im Energiemarkt tätig sein. Sie arbeitet auch heute trotz kommunalem Mehrheitsaktionär selbstverständlich nicht nach den Grundsätzen kommunaler Verwaltung. Dies wird auch zukünftig so sein.

Zu 7.

Selbstverständlich soll die HSE weiterhin als ein eigenständiges Unternehmen geführt werden.

Zu 8.

Mit dem Rückkauf der Anteile ist die Möglichkeit zum Weiterverkauf an Dritte wie bspw. Konzessionskommunen verbunden, wodurch u. a. die Ertragssituation im Netzbereich langfristig gestärkt und damit Beschäftigung gesichert wird. Im Übrigen verweise ich auf die Aussagen des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der HSE, Albert Filbert, wie ich sie auszugsweise meinem Schreiben vorangestellt habe.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie ich schon im Gespräch mit Ihnen deutlich gemacht habe, bin ich der Auffassung, dass alles unternommen werden muss, um für das Unternehmen und die Beschäftigten, weiterhin gute Perspektiven zu halten und neue zu eröffnen. Bei allem Verständnis für die Besorgnis bei Beschäftigten, glaube ich aber, dass wir alle eine Verantwortung dafür haben, nicht die Angst um Arbeitsplätze noch zu verstärken, für die es im Handeln der Stadt und der HEAG keine Begründungen gibt. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass die Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht nur der mittelbare Hauptaktionär, sondern auch einer der wichtigsten Kunden der HSE ist.

E.ON wird seine Aktien-Anteile verkaufen – werden sie nicht durch die HEAG gekauft, werden es private Investoren sein. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt will eine finanzierbare Rekommunalisierung der Aktien. Der Aktienrückkauf erfolgt nur, wenn die Finanzierung gesichert ist und keinerlei Belastung für den städtischen Haushalt darstellt - daher auch die über zweijährige Prüfung und Verhandlungsdauer mit E.ON. Damit bekennen wir uns auch ausdrücklich zur Zukunft der HSE.

Für weitere Fragen stehen der HEAG-Vorstand und ich gerne zur Verfügung.

Da Sie den Weg gewählt haben, ein persönlich an mich gerichtetes Schreiben auch dem Regierungspräsidenten, den Fraktionsvorsitzenden der im Stadtparlament vertretenden Parteien und darüber hinaus offensichtlich allen Stadtverordneten zuzusenden, gestatten Sie mir, ebenso zu verfahren. Ich gehe davon aus, dass Sie meine Antwort auf Ihr Schreiben auch den Beschäftigten der HSE durch das Intranet der HSE zur Verfügung stellen.

Lassen Sie uns gemeinsam an einer guten Zukunft für das Unternehmen und die Beschäftigten der HSE arbeiten!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Jochen Partsch  
Oberbürgermeister